

Haushaltsrede 2017

(Es gilt das gesprochene Wort)

Schade! Aber ich habe gewusst, dass es nicht klappt. Ich hätte heute Abend 100 € aus einer **Wette** gewinnen können. Dann, wenn die CDU den Haushaltsentwurf 2017 mit der angebrachten Nüchternheit analysiert, bewertet und realistisch eingeordnet hätte. Gerne gepaart mit dem notwendigen Schuss Optimismus. Und ich hätte sie dann gewonnen, wenn die CDU nicht als **Allheilmittel** für alle Probleme die weitere ungebremste Ausweitung von **Gewerbegebieten** empfohlen hätte.

Man fragt sich, ob es sich um Blauäugigkeit oder eine bewusste Weigerung handelt, die finanzielle Realität in der Gemeinde Grafschaft wahrzunehmen? Gefangene der eigenen Ideologie. Gott sei Dank hat die **FWG** wieder einiges gerade gerückt.

Man kann schon **neidisch auf einige Nachbarkommunen** im Kreis schauen. Ihnen, wie immer mehr Gebietskörperschaften im Land, gelingt es, ihre Haushalte auszugleichen. **Uns wieder nicht**. Und dies trotz der **höchsten Steuereinnahmen** aller Zeiten, trotz **Gewerbesteuerereinnahmen** auf dem Rekordniveau von 6,0 Millionen €. Dass die **Kreisumlage** erhöht wird ist in diesem Zusammenhang ärgerlich, aber nicht kriegsentscheidend. Sie wird uns erst in den kommenden Jahren belasten. Dann aber kräftig. Es ist schwerverständlich, warum man in einem 190 Millionen-Haushalt nicht 700.000 Euro kürzen kann. Unser Kreistagsmitglied hier im Rat wird gegen die Erhöhung stimmen. Das erwarten wir auch von den CDU-Kollegen.

Wir haben **wieder keinen Überschuss**, also eine Nettoinvestitionsrate mit der wir Maßnahmen mit Eigenmitteln finanzieren könnten. Wir erwirtschaften nicht einmal genügend Geld für unsere **Tilgung** von 700 T €. Wir müssen im zweiten Jahr in Folge schon wieder einen **Kredit** von 885 T € aufnehmen, damit wir unsere **ordentliche Verwaltungstätigkeit** finanzieren können. Ganz zu schweigen von den weiteren gut 7 Millionen Euro **Liquiditätskredit**, die wir zur Sicherung unserer Maßnahmen im Jahresverlauf angesetzt haben. Ein Privathaushalt wäre schnell pleite. Und das geht außer 2018 in den Folgejahren so weiter. Trotz Haribo.

Am Ende des Jahres werden wir voraussichtlich einen **Schuldenberg** von über 28 Millionen Euro angehäuft haben. Das ist auf dem Niveau der Kreisstadt. Nur hat diese dreimal so viele Einwohner. Dies ist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.536 €. Wieder eine Steigerung von 135 €. Damit haben wir die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller verbandsfreien Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Wohl die höchste im Kreis Ahrweiler. Mittlerweile bezahlen wir an **Zins und Tilgung** über 1,3 Mill. €. Dazu gestiegene **Personalkosten** auf 8,4 Mill. €. Das sind je nach Sichtweise 36 bis über 40 Prozent unseres Haushaltes. Wohlgemerkt Fixkosten, die bleiben oder noch höher werden. All dies in einer **florierenden wirtschaftlichen Situation** mit extrem niedrigem Zinssatz, wo sogar der Bundeshaushalt die „schwarze Null“ schafft. Was geschieht, wenn das Steueraufkommen nicht mehr so sprudelt, wenn die Wirtschaftsentwicklung eine Delle bekommt. Dann werden unsere Ansätze und Planungen trotz zurückgekehrter Investitionen nicht mehr zu halten sein.

Man könnte noch mehr Zahlen anführen. Wir wollen **keine Schwarzmalerei** betreiben. Aber diese Zahlen sind die Grundlage, auf der man unsere Situation realistisch betrachten muss. Wir dürfen uns selbst nichts vormachen. Wir befinden uns immer noch in einer **Schiefelage**. Wir müssen uns darüber in klaren sein, dass wir in der Vergangenheit kräftig in eine oft **vorbildliche Infrastruktur** investiert haben, die wir uns eigentlich bis heute nicht leisten können. Dies kann ernsthaft niemand bestreiten. Streiten können wir uns nur um die Aussichten und Maßnahmen für die Zukunft.

2017 sollte haushaltsmäßig der Wendepunkt und das auferlegte Konsolidierungskonzept sollte erfolgreich abgeschlossen sein. Im Haushalt 2015 hatten wir für dieses Jahr, die ersten Gewerbesteuerzahlungen von Haribo eingestellt. Wir erwarteten nicht nur satte „Freie Finanzspitzen“ sondern wollten ab jetzt unsere geplanten Investitionen ohne Kredite realisieren und auch noch Schulden abbauen. Nichts ist so gekommen

Bei dem vorgelegten Haushalt würde es nicht verwundern, wenn die **Kommunalaufsicht** die Weiterführung eines **Konsolidierungskonzeptes** verlangen würde. Auch wenn die Verwaltung im Vorbericht die Lage als „weiterhin gut“ bezeichnet. Wie sie zu dieser Beurteilung angesichts einer gescheiterten Konsolidierung, den Unmengen von geschobenen Maßnahmen in den Dörfern und den anstehenden Projekten aus unseren angeschobenen Programmen wie „Älter werden in der Grafschaft“, Klimaschutzkonzept und Hochwasserschutzkonzept kommt, bleibt ihre Sache. Eine gescheiterte Konsolidierung, die manche in der Vergangenheit erschreckend sichtbar nicht ernst genommen haben, wenn sie einen zweiten Kunstrasenplatz in Vettelhoven forderten, oder, eine Nummer kleiner, einen „Massagesalon“ im Rathaus beschlossen haben.

2017 ist investiv ein Übergangsjahr. Trotz eines Volumens von 5 Millionen Euro und 86 Maßnahmen. Wir setzten gefasste Beschlüsse um und machen bei Investitionen in Kindergärten und Schulen weiterhin keine Kompromisse. Es ist gut, dass wir hier eine gemeinsame Linie haben. Deshalb sind wir auch dafür, einen neuen, sechsten **Kindergarten** zu bauen. Aber wir werden keinem Standort zustimmen, der dafür gänzlich ungeeignet ist.

Der neue Schwerpunkt unserer Anstrengungen liegt beim **Hochwasserschutz**. Hier stellen wir immerhin 1,8 Mill. € bereit. Spätestens nach den furchtbaren Ereignissen des vergangenen Jahres wurde dies auch Zeit. Der Hochwasserschutz muss im Zentrum unserer zukünftigen Investitionen stehen. Die SPD hat hier von Anfang an klare Position bezogen. Wir freuen uns, dass der Rat und auch die Verwaltung mitziehen. Auch wenn die grobe Kostenschätzung für die kommenden Jahre einen zweistelligen Millionenbetrag für den Hochwasserschutz nennt, **wir wollen dies umsetzen**. Dann muss anderes zurück stehen. Auch wenn es wehtun mag.

Und es wird wehtun, wenn wir den **Ratsbeschluss vom Oktober** des vergangenen Jahres konsequent umsetzen. Nur noch Investitionen, wenn planbare Überschüsse zu 60 Prozent für Investitionen und zu 40 Prozent für den Schuldenabbau verwendet werden. Dies ist ein wirklicher **Paradigmenwechsel**. Das ist richtig und mutig, aber auch brisant. Denn es bedeutet: Endlich weg von den üblichen Absichtserklärungen zum Schuldenabbau. Hin zu einer festen und uns alle bindenden **Wende in unserer Haushaltspolitik**.

Nicht nur im Rat, sondern allen in der Graftschaft sollte klar sein, **was das bedeutet**. Nur noch „freiwillige Investitionen“, wenn im Haushaltsjahr ein Überschuss erreicht wird. Keine Kreditaufnahme mehr für Dorfgemeinschaftshäuser, Sportplätze, die notwendige Digitalisierung und ähnliches. Ansonsten gibt es nur noch Investitionen in Feuerwehr, Schulen, Kitas und den Hochwasserschutz.

Dies soll ab 2018 gelten. Wie hätte es **2017 mit diesem Beschluss ausgesehen**? Hier fehlen uns grob 3 Millionen Euro Mehreinnahmen um den Haushaltsausgleich zu schaffen. Von Überschüssen, mit denen wir freiwillige Investitionen tätigen könnten und Schulden abbauen, kann keine Rede sein.

Aus heutiger Sicht wird uns dieser **Grundsatzbeschluss** bei den vorliegenden Zahlen, außer im Jahr 2018, keine freiwilligen Investitionen mehr erlauben. Auch nicht, wenn ein Gewerbesteueraufkommen von 10 Millionen Euro erreicht wird. Damit liegen **mittelfristig enorm viele Projekte auf Eis**, die nachvollziehbar aus den Orten heraus gefordert werden. **Der SPD ist es ernst mit diesem Beschluss**. Wir hoffen, auch der CDU-Mehrheit. In der Diskussion drängte sich manchmal der Eindruck auf, dass die Tragweite des Grundsatzbeschlusses nicht immer und von jedem nachvollzogen worden ist. Eines muss allen klar sein: Dieser Beschluss darf **nicht als taktisches Manöver** dazu dienen, eine neue Konsolidierungsaufgabe abzuwenden und ansonsten wird sich nicht daran gehalten. Das wäre finanzpolitisch ein Desaster und würde unser aller Glaubwürdigkeit enorm schaden.

Eine weitere, **ungehemmte Ausweisung von Gewerbegebieten** ist nicht die Lösung unsere finanziellen Probleme. Auch wenn man dies aus dem Munde **der CDU** hören kann. Manchmal verbunden mit der Drohung, dass man sonst die Realsteuern, natürlich nur für die „normalen“ Bürgerinnen und Bürger, erhöhen müsste, um unsere öffentliche Infrastruktur zu sichern und weiter auszubauen. Das ist nicht nur blanker Unsinn, sondern pure Angstmacherei und wird mit uns nicht zu machen sein. Ehe wir uns mit einer solchen Steuererhöhung auch nur gedanklich beschäftigen, werden wir die **Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer** auf die Tagesordnung bringen. Diese sind seit 2001 in fahrlässiger Weise nicht mehr erhöht worden, obwohl bei den Konsolidierungsmaßnahmen 2012 gemeinsam verabredet. Eines ist unstrittig: Die Investitionen in unsere Gewerbegebiete haben in nicht unerheblichem Maße zum Schuldenberg beigetragen, der jetzt alle Bürger belastet. Kurz- und mittelfristig verschärfen sie nur unsere finanzielle Lage, neben allen anderen Nachteilen. Und manchmal gehen gemeindliche Vorausleistungen auch mit großen negativen Überraschungen einher, wie bei der **Terrassierung** im Innovationspark.

Hier warten wir im Übrigen immer noch auf die endgültige Stellungnahme der Kommunalaufsicht. Wir hoffen, dass sich dann die Möglichkeit ergibt und auch **mehrheitlich gewollt wird**, **Schadensersatzansprüche** geltend zu machen. Dies würde zur Entspannung unserer finanziellen Lage erheblich beitragen. Wir sind zu diesem Weg bereit. Bei der CDU scheint dies nicht so zu sein.

Die SPD wird neuen Gewerbeflächen, über die bisher geplanten hinaus, **nicht zustimmen**. Wir wollen jetzt die Rendite aus den bisherigen Investitionen verwirklichen und keine neuen Belastungen generieren.

Wenn die **Gemeindeverwaltung im Vorbericht** schreibt: „Einhergehend mit der prognostizierten positiven Finanzplanung wird es der Gemeinde ermöglicht werden, auch weiterhin in eine bedarfsorientierte Verbesserung der Infrastruktur bzw. des Angebotes für die Bürgerinnen und Bürger zu investieren“ und im selben Absatz auf den oben erwähnten Grundsatzbeschluss verweist und die ellenlange Liste unserer geplanten Investitionen erwähnt, muss man sich ernsthaft fragen, ob wir vom selben Haushalt reden. Zu erklären ist dieser, **im Haushalt nicht zu belegender, Optimismus** nur mit den „zu erwartenden steigenden Gewerbesteuerereinnahmen“. Das heißt im Klartext: Wir gehen in Zukunft von Gewerbesteuerereinnahmen aus, die weit über den 10 Millionen Euro liegen, die wir bisher angesetzt haben.

Richtig, wenn sie **weit, weit darüber liegen**, ist dieser Optimismus in Zukunft möglicherweise gerechtfertigt. Wir hoffen auch, dass es so kommt. Aber wir alle sollten **realistisch bleiben**. Denn diese Hoffnung kann auch trügen. Um es beim Namen zu nennen: **Haribo ist die einzige Joker-Karte**, die wir haben. Und die CDU scheint alles darauf zu setzen. Das ist ein Fehler. Denn wenn diese Karte nicht sticht, dann haben wir ein Problem, ein großes Problem.

Darum sei gesagt: Es ist jetzt **nicht die Zeit für Euphorie und Schönfärberei sondern für nüchternen Realismus**. Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam stetig unsere **Infrastruktur** verbessert und sind in manchen Bereichen wie bei den Kindergärten, Schulen und auch Sportplätzen oft mehr als **vorbildlich aufgestellt**. Gut so. **Aber es hatte auch seinen Preis**. Hier und beim Hochwasserschutz werden wir auch zukünftig weiter investieren. Ansonsten ist aber **Augenmaß und Zurückhaltung angesagt**. Die **SPD** hat daher zu diesem Haushalt nur drei kleinere **Anträge** (Tierheim Remagen, DRK und Ahraltourismus) gestellt, die in der Zusammenschau sogar eine **Ersparnis** von 100 Euro bedeuten. Eine Kleinigkeit, aber auch ein Zeichen. Diese Zurückhaltung sollten wir uns alle auferlegen. Eine **besondere Verantwortung** liegt hier bei der **CDU**. Wenn sie sich der Realität der Haushaltszahlen stellt, mit ungetrübtem Blick die Situation analysiert und sich an gefasste Beschlüsse hält, dann werde ich vielleicht in den kommenden Jahren auch die Chance haben, die **100 Euro** zu gewinnen. Aber nur dann. Dieses Jahr war es leider noch nicht so weit.

Die SPD wird dem Haushalt zustimmen.